

# Deutsche Rundschau

## in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl., vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 3 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung ic.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeter-Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschript u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Öffertgebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 192

Bromberg, Sonnabend, den 25. August 1934

58. Jahrg.

## Verschärfte Kriegsgefahr im Fernen Osten.

Die in der letzten Zeit eingetretene Verschärfung der japanisch-sowjetischen Beziehungen soll, wie der polnischen Presse aus Moskau gemeldet wird, im Fernen Osten, besonders unter der sowjetischen Bevölkerung in der Mandchurie, eine wahre Panik hervorgerufen haben. Nach Informationen aus Charbin wird infolge der mit jedem Tage steigenden Gefahr eines Kriegsausbruchs zwischen Japan und den Sowjets eine Massenflucht sowjetischer Staatsangehöriger aus Mandchukuo beobachtet. Viele russische Staatsangehörige verlassen ihre Habe für einen Spottpreis und veräußern das Hausrat, um nur die Möglichkeit zu haben, sobald wie möglich aus Mandchukuo abzureisen.

Die sowjetische Presse veröffentlicht Leitartikel, die nicht als Ankündigung des Krieges kommentiert werden sollten, schreibt die Moskauer "Pravda", daß die Sowjetregierung den weiteren Gang der Ereignisse mit Ruhe abwarte. Die Sowjets fühlen sich stark genug, um mit kaltem Blut, gleichzeitig aber mit der größten Wachsamkeit die aufgehende Tätigkeit der Feinde des Friedens im Fernen Osten zu beobachten.

### Frankreich und England für die Rückkehr Japans in den Völkerbund

Die schwer zu verwirklichende Frage der Rückkehr Japans in den Völkerbund bildet nach Informationen, die der Pariser Korrespondent des "Introuge-Kurier Godzieny" aus zuverlässigen Quellen erhalten hat, den Gegenstand von geheimen diplomatischen Verhandlungen. Dies steht im Zusammenhang mit der allgemeinen Tendenz Frankreichs und Englands, die darauf abzielt, die Autorität Gengs zu stärken, ferner auch mit einzelnen Interessen der beiden Mächte. Das immer mehr mit Moskau zusammenarbeitende Frankreich möchte mit Rücksicht auf seine Stellung im Fernen Osten die bisherigen korrekten Beziehungen mit Japan nicht abbrechen. In noch größerem Maße betrifft dies England, das nicht ohne gewisse Besorgtheit im künftigen Monat den Eintritt Auklands in den Völkerbund erwartet. Die Bevorstehende Japan feindlichen Charakters des Völkerbundes, der in den denkwürdigen Entscheidung in der mandchurischen Frage vom Februar 1933 zum Ausdruck kam, wird überhaupt nicht nur als unerwünscht, sondern auch als gefährlich erachtet. Sollte sich der Standpunkt Japans gegenüber dem Völkerbund unversöhnlich zeigen, so ist darum zu rechnen, daß die Britische Regierung schon in der nächsten Session mit einer auf einem Kompromiß beruhenden Initiative hervortreten wird, die Japan die Rückkehr zur Genfer Institution ermöglichen soll.

Paris, 24. August. (DNB) Das "Echo de Paris" beschreibt in einem längeren Artikel mit den Problemen des Fernen Ostens. Eine Auseinandersetzung würde, so erklärt das Blatt, Aukland in Europa schwächen und Deutschland in die Hand arbeiten, das wie stets den Zwist im Fernen Osten schüre. (!!) Für Polen könnte dann die Beziehung groß sein, sich vollends an Deutschland anzuschließen. Sei man sicher, daß in diesem Falle ein japanisch-russischer Krieg lokalisiert bleiben würde? Was würde aber bei einem Krieg in Asien aus? Französisch-Indochina werden? Die Drohung, die über dem Fernen Osten schwebt, könnte sich also bis nach Frankreich hin auswirken. Deshalb müsse man schnell und energisch England, die Vereinigten Staaten und Frankreich auf der Grundlage der nun einmal bestehenden Tatsachen in Gang bringen; gewiß würden derartige Regelungen die Anerkennung Mandchukuos mit sich bringen. Aber der Friede im Fernen Osten würde niemals durch Waffengewalt verhindert werden können, meist mar dazu nicht in der Lage sei. Deshalb müsse man versuchen, durch einen politischen Akt diese Expansion zu unterdrücken, einzuschränken oder wenigstens zu überwinden.

### Scharfe russische Note an Japan.

Moskau, 24. August. (PAT) Gestern um Mitternacht wurde in Moskau eine Note veröffentlicht, die durch den sowjetischen Botschafter Iurenko dem japanischen Außenminister Hirota überreicht wurde. Die in einem sehr entschiedenen Tone gehaltene Note zählt die Verhandlungen unter den sowjetischen Eisenbahnherrn in der Mandchurie auf und weist auf die außergewöhnlichen Schwierigkeiten der Funktionierung der Eisenbahnen hin. Mit Nachdruck wird die in dem Communiqué

enthaltene Behauptung über die Organisierung der Überfälle von Banden im Fernen Osten zurückgewiesen und daran erinnert, daß dem Communiqué eine Erklärung des japanischen Kriegsministers an die Adresse der Sowjetunion vorangegangen sei, die einen aggressiven Charakter hatte. Die Note schließt mit folgenden Worten:

"Die Japanische Regierung kann sich unmöglich darüber im Unklaren sein, daß derartige Handlungen des japanischen Kriegsministers, die in der letzten Zeit immer häufiger geworden sind, von der Verschärfung der aggressiven Absichten japanischer offizieller Kreise zeugen. Die Sowjetregierung macht dafür die Behörden der Mandchurie und die Japanische Regierung verantwortlich. Sie gibt ihrem Protest Ausdruck und hofft, daß die Japanische Regierung hieraus alle entsprechenden Konsequenzen ziehen werde."

### Amerika warnt Japan.

Die polnische Presse meldet aus Washington über Moskau, die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika habe ihren Gesandten in Tokio angewiesen, Japan offiziell mitzuteilen, daß die Verletzung von internationalen Abkommen im Fernen Osten weitgehende Folgen nach sich ziehen könnte. Die Sowjetregierung ziehe hieraus den Schluß, daß dies eine Warnung aus Anlaß der nach dem Abbruch der Verhandlungen um die ostchinesische Eisenbahn entstandene Lage sei.

Die Sowjetpresse weist auf einen Artikel in den "New York Times" hin, in welchem die Regierung der Vereinigten Staaten erachtet, einen Kontakt mit England zum Schutz der englisch-amerikanischen Interessen in Unbeachtung der Aggressivität Japans anzubauen. Die "New York Times" teilt mit, daß ein Plan besteht, nach der Unabhängigkeitserklärung der Philippinen eine gemeinsame Erklärung über die Neutralität der Philippinen durch die Vereinigten Staaten und England zu veröffentlichen.

Dies wäre, so schreiben die "New York Times", gleichbedeutend mit der Erklärung Washingtons und Londons, daß Japan die Philippinen nicht wegnehmen dürfe. Auf diese Weise würde ein gemeinsames Interesse der Vereinigten Staaten und Englands im Fernen Osten entstehen, das zur Befriedung der Verhältnisse in diesem Weltteil in bedeutendem Maße beitragen könnte. Weiter betont das Blatt, daß die britische Flottenbasis in Singapur für die Vereinigten Staaten im Falle eines Krieges zwischen Amerika und Japan sehr geeignet wäre.

### Die amerikanische Flotte nach dem Stillen Ozean unterwegs.

Washington, 24. August. (PAT) Der vorläufige Leiter des Kriegsmarinedepartements erklärt, er habe den Befehl gegeben, daß 48 Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten, die im Atlantischen Ozean stationiert sind, sich nach dem Stillen Ozean zu begeben haben, wo sie bleiben werden, bis sich die Lage geändert habe.

### Rußland bestellt Kriegsschiffe in Italien.

Die Sowjetregierung hat, einer Meldung der polnischen Presse aus Moskau zufolge, in Italien einige Schiffe zur Küstenverteidigung bestellt. Das erste Schiff wurde in den Docks von Ansaldo, an der italienischen Riviera, vom Stapel gelassen.

### Was wollte Schuschnigg an der französischen Riviera? Das Geheimnis von Nizza.

In den frühesten Stunden des Mittwoch hatte der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg Florenz verlassen, um sich nach Genua zu begeben, von wo er mit dem italienischen Schlachtkreuzer "Conte di Savoia" nach Nizza in See ging. Gegen Mittag traf er in Nizza ein und nahm dort in einem großen Hotel an der "Promenade des Anglais" Wohnung.

Diese plötzliche Abreise, die alle Erwartungen bezüglich des Programms seines italienischen Aufenthalts Lügenstraf und mit dem Verzicht auf eine glanzvolle Manöverdemonstration einen eigenartigen Regiewechsel bedeutet, wird von einigen italienischen Blättern als Erholungsreise erklärt. Doch findet diese These wenig Glauben, auch wenn sie vom Bundeskanzler selbst allen Presseleuten mitgeteilt wurde, die sich in Massen in Nizza eingefunden hatten.

An der französischen Riviera hat dann auch bald

### Beschlagnahmt.

Am Donnerstag nachmittag um 6 Uhr erhielten wir von der Burgstaroste unter Beifügung eines Exemplars der "Deutschen Rundschau" Nr. 191 vom 24. August folgendes Schreiben:

"Beschlagnahmt auf Grund der Bestimmungen des Pressegesetzes, sowie des Artikels 153 St.-G.-V. wegen des auf der zweiten Seite enthaltenen Artikels unter der Überschrift "Sensationelles Duell in Warschau" und zwar ganz mitamt der Überschrift."

### Schwere Schulnot.

Dunkle Wolken deutscher, seelischer Not liegen auf unseren Volksgenossen in Polajewo Hauland (Polajewice), Kreis Olsztyn, und Neuheit (Niewiemko), Kreis Kolmar. Die deutschen Kinder von Polajewo Hauland gingen bis zum Schluss des alten Schuljahres als Gastschulkinder in die Klasse mit deutscher Unterrichtssprache in Gembitz Hauland (Gebizyn), Kreis Czarnikau. Vergeblich hatten sich die Eltern um die feste Einschulung ihrer Kinder in diese noch mit einem deutschen Lehrer besetzte Schule bemüht, und sie waren schließlich noch froh, daß ihre Kinder wenigstens als Gastschüler Glück hatten, von einem Lehrer ihres Glaubens und ihres Volksstums die Sprache ihrer Väter zu lernen. Jetzt zu Beginn des neuen Schuljahres wird diesen deutschen Kindern mitgeteilt, daß sie der polnischen Schule in Radom, Kreis Olsztyn, überwiesen werden und nicht mehr die deutsche Klasse in Gembitz Hauland (Gebizyn) besuchen dürfen. Diese niederschmetternde Nachricht empfingen die Eltern als Antwort auf ihre Gesuche um die feste Einschulung nach Gembitz Hauland (Gebizyn). Der neue Schulweg zur polnischen Schule würde für unsere kleinen Volksgenossen aus Polajewo Hauland rund 5 Kilometer betragen!

Die Eltern haben sofort nach Bekanntwerden dieser Unglücksmeldung ein Telegramm an das Kuratorium gesandt, in welchem sie um Zurücknahme der Ausschulung und um Erledigung ihres Antrages um feste Einschulung nach Gembitz Hauland vom 18. Juni d. J. bitten.

Auch auf den deutschen Kindern in Neuheit (Niewiemko), Kreis Kolmar, lasten Sorgen, denn wenn ihre Schulnot nicht behoben wird, dann wird diese heranwachsende Generation ihrem deutschen Volkstum entfremdet, weil sie in der Schule nicht in die Muttersprache hineinwachsen kann. Die Schule in Neuheit (Niewiemko) wird von keinem einzigen polnischen Kinder, sondern nur von deutschen Kindern besucht, und doch amtiert eine polnisch-katholische Lehrkraft an dieser Schule. Auf die Eingabe der Elternschaft an das Unterrichtsministerium um Aufstellung einer deutsch-evangelischen Lehrkraft gab das Ministerium am 7. April dieses Jahres die Antwort, wonach mit Beginn des neuen Schuljahres eine Änderung im Sinne der Antragsteller erfolgen sollte. Das neue Schuljahr hat begonnen. Die polnisch-katholische Lehrkraft unterrichtet weiter wie bisher an dieser Schule, an der doch eine Veränderung in der Bezeichnung der Lehrerstelle erfolgen sollte. Damit diese Lehrkraft aber auch polnische Kinder zu unterrichten hat, sollen polnische Kinder aus Grünwald (Bielonyai), Kreis Kolmar, nach Neuheit (Niewiemko) zur Schule gehen, trotzdem sie es zur polnischen Schule in Wisschin (Wyszyn), Kreis Kolmar, näher haben.

Die deutschen Eltern aus Neuheit (Niewiemko) werden sich mit einem Protest an das Ministerium wenden und um Maßnahmen bitten, die der Zusage des Hohen Ministerium entsprechen. Sie werden fest und entschlossen um die deutsche Erziehung ihrer Kinder mit allen gesetzlichen Mitteln kämpfen; denn es handelt sich dabei um heilige, von Gott und den Menschen anerkannte Rechte.

Friedrich Mielke.

### Was wollte Schuschnigg an der französischen Riviera?

ein großes Suchen nach dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg

begonnen. Schuschnigg hat am Donnerstag morgen in einem Automobil auf der Straße nach Antibes Nizza verlassen und auf dieser Straße dann den Wagen gewechselt. Es erwartete ihn ein anderer Wagen, dessen Nummer sich einige Journalisten notieren konnten. Dann aber scheint es Schuschnigg gelungen zu sein, sich seinen Beobachtern zu entziehen.

Infolgedessen werden die Kombinationen fortgesetzt, und man erinnert sich daran, daß in Roquebrune eine Villa steht, die einem Freunde Barthous gehört. Auch Titulescu wird nach wie vor in Zusammenhang mit den Fahrten Schuschniggs genannt. Es ist aber ebenso gut möglich, daß sich Dr. Schuschnigg mit dem französischen Ministerpräsidenten Doumergue getroffen hat, der in der Nähe von Nizza ein Landhaus besitzt.

## Schuschnigg wollte das Gold des französischen Sparers holen...

und Frankreich für die Sache Ottos gewinnen.

Paris, 24. August. (Eigene Meldung.) Über die wahren Gründe der Reise des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg an die französische Riviera will der „Quotidien“ Aufschluß geben können. Das Blatt hält es für merkwürdig, daß ein ermüdetes Regierungschef das Bedürfnis verspüre, eine so weite Reise zu machen, um sich zwei Tage auszuruhen, wo es doch herrliche Gegenden zwischen Florenz und Wien gebe. Aber Schuschnigg sei nach Frankreich gekommen, um sich über zwei Fragen zu unterrichten, die ihn besonders beschäftigen: 1. die finanzielle und wirtschaftliche Hilfe für Österreich, und 2. die Wiedereinsetzung der Habsburger. Er habe sich zunächst politische Direktiven in Italien geholt und wende sich jetzt an Frankreich wegen einer geldlichen Beihilfe.

Der „Quotidien“ will in einem Artikel der „Wiener Zeitung“ eine Bestätigung dieser Absicht erblicken und fährt fort: Dafür habe in Genf eine Anleihe erhalten, an der Frankreich beteiligt sei. Mit diesem Gelde, das Frankreich Österreich gegen das leider nur mündliche, aber formelle Versprechen geliehen habe, daß die Verfassung geachtet werden würde, habe das Kabinett Dollfuß-Schuschnigg eine von Rom diktierte Politik betrieben. Schuschnigg sei gekommen, um vor der Genfer Sicherung, in der die Frage einer neuen Anleihe aufgeworfen werde, „das Gold des französischen Sparers zu holen“. Andererseits sei er ein überzeugter Legitimist, wie übri-

gens alle Mitglieder seines Kabinetts. Er arbeite für die Wiederherstellung der Habsburger. Wohl verstanden: Er werde das natürlich nicht offen zugeben, solange er wisse, daß Frankreich in dieser Frage mit der kleinen Entente solidarisch sei. Aber er werde keine Gelegenheit versäumen, um die französischen Staatsmänner für die Sache Ottos zu gewinnen.

## Wien — Sitz des Völkerbundes?

Im Zusammenhang mit den Meldungen aus Genf, daß Sovjetrussland in nächster Zeit seinen Beitritt zum Völkerbund anmelden, die Schweizerische Regierung aber gegen die Aufnahme Russlands zu stimmen beabsichtige, sind, wie die polnische Presse aus Genf meldet, in dortigen diplomatischen Kreisen Verhandlungen über die Notwendigkeit im Gange, den Sitz des Völkerbundes von Genf nach Wien zu verlegen. In Genf wird betont, daß die Verwirklichung dieses Gedankens gerade im gegenwärtigen Augenblick eine bedeutende Stärkung der internationalen Position Österreichs bedeuten würde. Gleichzeitig wäre die Verlegung des Völkerbundes nach Wien ein Hindernis für die weiteren deutschen Gesüste, die gegen die Unabhängigkeit Österreichs gerichtet seien. Außerdem wird hervorgehoben, daß diese Verlegung gleichzeitig auch die finanzielle Lage Österreichs festigen würde, da Wien als Sitz des Völkerbundes nicht nur das umfangreiche Sekretariat beherbergen, sondern gleichzeitig eine riesige Zahl von Touristen jährlich anlocken würde.

## Eröffnung des Internationalen Geographen-Kongresses in Warschau.

Warschau, 24. August. (Eigene Meldung.) Im Warschauer Polytechnikum wurde am Donnerstag mittag der Internationale Geographen-Kongress, an dem etwa 40 Völker vertreten sind, im Beisein des Präsidenten der Republik feierlich eröffnet. Die Eröffnungsansprache hielt in englischer Sprache der Präsident der Internationalen Geographen-Union Professor Isaac Bowman, der zunächst den Organisatoren des Kongresses, der Polnischen Regierung und dem Generalsekretär der Geographen-Union Professor de Marton dankte, wobei er besonders die Teilnahme Deutschlands und der freien Stadt Danzig an dem Kongress unterstrich. Der Redner wies sodann auf die hervorragenden kartographischen Ausstellungen hin, die in Warschau während des Kongresses organisiert sind. Der Vorsitzende charakterisierte sodann das Programm des Warschauer Geographen-Kongresses und stellte als Idee der geographischen Prüfungen die Anpassung des Menschen an die Gegebenheiten und die Hebung des Wohlstandes der Menschheit hin. Die Erde, sagte er, sei ein ungeheures Reservoir, aus dem der Mensch seine Kraft schöpft. Die Wohlthaten sind auf der Erde sehr ungleich verteilt. Die Außerung des Professors Penck sei daher richtig, daß es kein Land von unbeschrankten Mitteln gebe. Die Geographie diene der Entwicklung der Hilfsmittel, die deren Bereitstellung zum Teil von der Intensität des menschlichen Gehirns abhängt. In diesem Punkte liege die Gemeinsamkeit unserer aller Aufgaben. Ob wir die Politik der völkischen Isolierung, der Selbstgenügsamkeit, teilen oder nicht, — ein jeder sei sich über die Notwendigkeit der eingehenden Prüfung seiner verschiedenenartigen Hilfsmittel klar. In diesen Prüfungen spiele die Geographie eine dominierende Rolle.

Es folgten dann die Begrüßungsansprachen der offiziellen Delegierten. u. a. sprach im Namen Deutschlands Professor Ludwig Mecking, Professor der Universität Münster und Präsident des deutschen Geographen-Verbandes. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich die deutschen Geographen nach einer 20-jährigen Unterbrechung wieder unter den berühmtesten Geographen aus der ganzen Welt an dem Kongress beteiligen könnten. In der deutschen Delegation befinden sich viele Vertreter der jüngsten Generation, die noch nicht zu den Akteuren der Wissenschaft gehörten, als die Bande der internationalen Verhältnisse zerrissen wurden. Die Wissenschaft lasse sich auch nicht einen Augenblick durch Gewalt zerreißen. Im besonderen treffe dies auf die deutsche Wissenschaft zu. Das wissenschaftliche Leben werde durch besondere eigene Rechte bestimmt und unterliege keinen menschlichen Schwächen und ephemeren Urteilen.

Professor Mecking begrüßte die Vertreter der einzelnen Völker und wandte sich besonders an die polnischen Kollegen. Die verhältnismäßig bedeutende Zahl der deutschen Delegation sei ein Beweis für die besonders herzlichen Gefühle, die Deutschland für das Nachbarvolk nähere. Die Reichsregierung habe, indem sie ihre Teilnahme an dem Kongress anmeldete, diesen warm unterstützt und damit das nachbarliche Zusammenleben unterstrichen, das dank der großen Anstrengungen des Willens und der tiefen Erfassung des Wesens des Völkerlebens durch den Führer und Reichskanzler verwirklicht worden sei.

Zum Schluß sprach im Namen der polnischen Delegation Professor Römer über die Einzelheiten der Organisation und der Arbeiten des Kongresses, worauf die Eröffnungssitzung geschlossen wurde.

Ausspruch nehmen. Auch heute lehren Menschen sehr verschiedene Denkungsart in Deutschland, und die freie Forschung wird nirgends unterdrückt.

Was zu dieser Meinung geführt hat, ist bloß die Tatsache, daß leider eine große Anzahl jüdischer, aber auch deutscher Hochschullehrer die Freiheit des Forschers mit der Freiheit des Beschimpfens des deutschen Namens verwechselt haben. Wenn ein Herr Einstein der weiße Rasse überhaupt das Recht auf die Behauptung einer moralischen Höherwertigkeit gegenüber Negern abspickt und die Kolonialvölker zu einer Revolte gegen die weiße Rasse aufruft, so hat das nichts mehr mit der Freiheit des Forschens zu tun, sondern ist eine weltkommunistische Propaganda gewesen.

Was wir fordern, ist bloß die Freiheit der deutschen Nation, über ihre geistige Haltung selbst zu bestimmen. Auch das gehört zur Gleichberechtigung innerhalb der anderen Nationen, und ich glaube, wenn die Beweggründe richtig verstanden werden, so wird bald ein besseres Verhältnis zwischen Deutschland und allen jenen, die guten Willens sind, das neue Leben zu begreifen, hergestellt werden können.

## Der evangelische Kirchenkonflikt.

*United Press* meldet aus Düsseldorf:

Das hiesige Konistorium hat nicht weniger als 40 Pfarramtskandidaten und Vikare, die der Bekenntniskirche angehören, von der Vorbereitung für das Pfarramt ausgeschlossen. Diese Maßnahme ist um so erstaunlicher, als überall in der deutschen protestantischen Kirche ein empfindlicher Mangel an theologischem Nachwuchs herrscht. Die Existenz der vierzig jungen Männer wäre vernichtet gewesen, wenn sich die Bekenntniskirche ihrer nicht angenommen hätte. Sie wurden von den Freien Synoden übernommen und werden von diesen mit Arbeit versehen.

Das gleiche rheinische Kirchenregiment hat vor einigen Tagen zwei an die Kirchengemeinde Essen-Alstadt gewählte Pastoren nicht bestätigt. Die beiden Geistlichen werden ihr Amt aber trotzdem antreten.

Die vor kurzem ihrer Ämter entthobenen sechs rheinischen Superintendenten sind von der Bekenntniskirche formell ersucht worden, ihre Ämter weiterzuführen, da nach einem juristischen Gutachten die abgesetzten Superintendenten nicht nur im Recht gewesen seien, sondern sogar pflichtwidrig gehandelt hätten, wenn sie gegen die ihnen aufgezwungene neue Kirchenordnung nicht Einspruch erhoben hätten.

Nach dem bekannten Kirchenhistoriker Dr. i. theol. von Soden, Marburg, wurde nun auch der Theologieprofessor Dr. Otto Schmitz, Münster, auf Grund des Paragraphen 6 zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenstums in den Ruhestand versetzt. Wie bei Dr. von Soden, so ist — wie „United Press“ annimmt — auch bei Schmitz der

Wollen wir uns nicht freuen des weiten Feldes, das sich vor uns auftut! Wollen wir uns nicht freuen, daß wir Kraft in uns fühlen und daß unsere Aufgabe unendlich ist!

Fichte.

wirkliche Grund für die Pensionierung darin zu sehen, daß er zu den Vorkämpfern der Bekenntnis-Synode gehört.

Das bekannte Mitglied des Bruderrats der Bekenntniskirche, Reichsgerichtsrat Flohr in Leipzig, hat ein Rechtsurteil über das Kirchengesetz vom 7. Juli verfaßt, in dem die auf Grund dieses Gesetzes umgestaltete Nationalsynode als verfassungswidrig erklärt wird.

## Hearst über den 19. August.

Gelegentlich seiner Durchreise durch München, wo sich der bekannte amerikanische Zeitungskönig William Randolph Hearst auf dem Wege von Benedikt nach Rothenburg zwei Tage aufhielt, ergab sich für den Auslandsprecher des NSDAP, Dr. Hans Staengl, wiederum Gelegenheit zu einer Reihe privater Unterredungen mit Mr. W. R. Hearst über die augenblickliche politische Lage. Angesichts der hervorragenden Bedeutung, die die Äußerungen Hearsts nicht allein für Deutschland, sondern auch für die Weltöffentlichkeit besaßen, erbat sich Herr Dr. Staengl Mr. Hearsts ausdrückliche Genehmigung zur Veröffentlichung folgender Zusammenfassung:

Sie kennen mich nun seit 30 Jahren und wissen, daß es mich immer wieder nach Deutschland gezogen hat — nach München, Nürnberg, Dinkelsbühl, Nürnberg, Frankfurt und — seit einiger Zeit leider auch nach Nauheim, wo ich mich hin und wieder um meine Gesundheit kümmern muß, um einer neuen Etappe aufreisender Arbeit wieder gewachsen zu sein. Ich bin ja heute schließlich 71 Jahre alt und daher über das biblische Alter hinaus. Das soll mich aber nicht anschrecken, solange ich meine Gesundheit, meine Energie, meine Begeisterungsfähigkeit und meine Teilnahme am Fortschritt der Welt bewahren kann. Nauheim ist ja ein so entzückender Fleck; man kommt sich dort viel eher wie ein Bergmünder aus als wie ein Kur-gefangener vor. Zu Ihren Ärzten in Deutschland habe ich immer uneingeschränktes Vertrauen gehabt.

Hinsichtlich der Volksabstimmung vom 19. August äußerte sich Mr. Hearst u. a. wie folgt:

„Eigentlich kommt das Wahlausgebnis einer einstimmigen Willensäußerung gleich. Diese überwältigenden Majoritäten, mit denen Herr Hitler als Erster die Welt in Staunen versetzt hat und die wir jetzt gelernt haben, fast wie Selbstverständlichkeit hinzunehmen, ermöglichen in gewissem Sinne ein neues Kapitel der modernen Geschichte. Sie wissen ja, Herr Dr. Staengl, wiewiel ich für Deutschland und das deutsche Volk übrig habe. Ich hege den Glauben, daß alles, was Deutschland in irgendeiner Weise nützen kann, leichter wie ein Bergmünder aus als wie ein Kur-Endes der ganzen Welt zugute kommt. Daher bilde ich auch mit meinem ganzen Herzen alles, was Deutschland förderlich ist.“

Gelingt es Herrn Hitler, seinem Volke Frieden, Ordnung und Wege zu jener aufgetretenen Entwicklung zu erschließen, die der Krieg auf der ganzen Welt in weitem Umfang vernichtet hat, so tut er damit Gutes nicht allein für sein eigenes Volk, sondern für die gesamte Menschheit. Deutschland kämpft für seine Befreiung von den frevelhaften Bestimmungen des Versailler Vertrages und für seine Erlösung von der boshaften Unterdrückung und Einschüttung, denen es unterworfen worden ist, unterworfen von Völkern, die in ihrer Selbstsucht und Zurstiftigkeit nur Feindschaft für Deutschlands Aufstieg übrig haben, der in Wirklichkeit nichts anderes ist, als ein Kampf, der von allen freiheitsliebenden Völkern mit voller Teilnahme verfolgt werden sollte.“

Mr. Hearst, in dessen Reisegesellschaft sich seine drei Söhne, George, William Randolph jr. und John Hearst mit ihren Familien befinden, hat die Einladung Dr. Hans Staengls zum Parteitag nach Nürnberg angenommen und wird dort voraussichtlich eine Reihe von Tagen verweilen.

## Keine „Aktion gegen die Nein-Sager.“

DNB meldet:

In der Auslands presse sind Meldungen verbreitet, wonach zum Beginn einer großen Aktion gegen die Nein-Sager von der Geheimen Staatspolizei 150 Personen verhaftet worden seien sollen, die im Verdacht standen, gegen Hitler gestimmt zu haben. Nach den Meldungen einiger Auslandsblätter soll es sich bei den Verhaftungen vorzugsweise um Katholiken und Kommunisten handeln. Nach Ansicht dieser Blätter soll dies das Signal zu allgemeinen Unterdrückungsmaßnahmen und zu einer Jagd auf die Nein-Sager sein.

Die Meldungen sind natürlich von Anfang bis zu Ende erlogen. Verhaftungen aus dem angegebenen Grunde sind selbstverständlich in keinem Falle vorgenommen. Es scheint, daß hier wieder überwältigende und sensationslüstige Berichterstatter einzelne in den letzten Tagen erfolgte Verhaftungen von Kom munisten, die im Rahmen eines seit langem laufenden Hochverratsverfahrens vorgenommen wurden, zum Anlaß einer verleumderischen Hebe nahmen.

## Der „Deutsche in Polen“

in Deutschland verboten.

Das Organ des Senators Dr. Pant „Der Deutsche in Polen“ ist dieser Tage auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 im ganzen Reichsgebiet bis zum 30. November 1934 verboten worden. Einzelne Nummern des Blattes wurden zwar bereits wiederholte beschlagnahmt, doch war ein generelles Verbot bisher noch nicht erfolgt.

Ohne Festsetzung eines Termins wurde weiter im Reich verboten die Katowitzer „Polonia“.

## Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weißel vom 24. August 1934.

Kratau + 2,68 (+ 2,64), Jawischost + 1,60 (+ 1,63), Warschau + 1,65 (+ 1,74), Bielitz + 1,31 (+ 1,49), Thorn + 1,33 (+ 1,69), Jordon + 1,60 (+ 1,71), Culm + 1,42 (+ 1,54), Graudenz + 1,73 (+ 1,82), Kurzbrat + 1,91 (+ 1,88), Pielitz + 1,38 (+ 1,41), Dirschau + 1,42 (+ 1,39), Einlage + 2,48 (+ 2,24), Świecie + 2,68 (+ 2,62). (In Klammern die Meldung des Vorstages)











